

5. Wahlberechtigte, die glaubhaft machen, daß sie aus dringenden beruflichen Gründen oder durch Krankheit oder Gebrechen oder aus einem sonstigen wichtigen Grunde gehindert sind, das Amt ordnungsgemäß auszuüben.

Gleichzeitig darf ich daran erinnern, daß die Mitarbeit in einem Wahlgang Ausdruck demokratischer Grundhaltung und staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins ist. Unter diesen Gesichtspunkten sollten auch Jung- und Erstwähler an der ehrenamtlichen Mitwirkung in den Wahlvorständen beteiligt werden.

Gemeinde Staufenberg
Der Gemeindevorstand, Thieme

Infos der Verwaltung und anderer Dienststellen

Sprechstunde des Bürgermeisters

Die Sprechstunde des Bürgermeisters findet am Freitag, dem 22.4.94 von 17.00 bis 19.00 Uhr im Rathaus in Landwehrhagen statt.

Schwanz Bürgermeister

Nichtöffentliche/öffentliche Sitzung des Bau-, Umwelt- und Feuerwehrausschusses

Zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. 02 - Nichtöffentliche Sitzung

Lfd. Nr. 15 - Öffentliche Sitzung

des Bau-, Umwelt- und Feuerwehrausschusses

am 25.4.1994, um 18.15 Uhr, im Rathaus, kleiner Sitzungssaal.
18.00 Uhr Bürgerfragestunde.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

A. Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der anwesenden Mitglieder
3. Feststellung der Beschlußfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
5. Beschlußfassung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung
6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 8.2.1994
7. Berichte des
 - a) Ausschußvorsitzenden
 - b) Gemeindevorstand und Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
8. Bauleitplanung der Gemeinde Staufenberg, 3. Änderung des Flächennutzungsplanes
 - Aufstellungsbeschluß gem. § 2 Abs. 1 BauGB -
9. Bauleitplanung der Gemeinde Staufenberg, Bebauungsplan Nr. 018 »Golfplatz Gut Wißmannshof« im Gemeindeteil Speele - Aufstellungsbeschluß gem. § 2 Abs. 1 BauGB -
10. Antrag des SSV Speele auf Errichtung einer Überdachung am Außeneingang des Schützenraumes
11. Fortführung der Bauleitplanung im Bereich der Gemeinde Staufenberg, GT Escherode/Nienhagen
12. Fortführung der Bauleitplanung im Bereich der Gemeinde Staufenberg, GT Landwehrhagen
13. Fortführung der Bauleitplanung im Bereich der Gemeinde Staufenberg, GT Lutterberg
14. Fortführung der Bauleitplanung im Bereich der Gemeinde Staufenberg, GT Uschlag
15. Brückenhauptprüfungen
16. Behandlung von Anfragen

Auszüge aus der Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Ortsrates Uschlag am Donnerstag, dem 10.3.1994, um 19.00 Uhr in der »DGA«, Uschlag

Nach der vorangegangenen Bürgerfragestunde eröffnete der Ortsbürgermeister die 7. öffentliche Ortsratssitzung um 19.25 Uhr, begrüßte alle Anwesenden, vor allem die zahlreich erschienenen Zuhörer.

Er stellte die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ortsratsmitglieder und deren Beschlußfähigkeit fest.

Berichte des Ortsbürgermeisters

Herr Bönsch teilte in seinem Bericht mit, daß der Ortsrat am 15.1.1994 eine Arbeitssitzung hatte, in der u. a. über den Verkauf oder Tausch von Teilflächen im Ortsteil Dahlheim beraten wurde. Gegenstand der Beratung war auch die Umgestaltung der Dorfplätze in Uschlag und Dahlheim.

Er teilte mit, daß

- die Umgestaltung des alten Feuerwehrhauses in der Herrenwiese zum Heimat-Archiv einstimmig beschlossen wurde.
- bei der nächsten Verkehrsschau beantragt wird, daß alle Gemeindestraßen innerhalb des Ortes eine Tempo-30-Zone erhalten.
- am 23.2.1994 eine weitere Arbeitssitzung stattfand. In dieser Sitzung ging es ausschließlich um die weitere Ausweisung von Bauland.
- der Verbindungsweg zwischen Kasseler Straße und Zum Fernblick unbedingt instandgesetzt werden sollte. Die Stufen sind teilweise abgerutscht und können nicht mehr gefahrlos begangen werden.
- dem Ortsbürgermeister mitgeteilt wurde, daß unter der Ingelheim- und Wellebachbrücke große Mengen Kies lagern. Der Durchlaß unter beiden Brücken ist mittlerweile so gering, daß man bei den nächsten starken Regenfällen bereits mit Hochwasser rechnen muß.
- nach Abriß der Treppe am ehemaligen Seiteneingang des Hauses »Kasseler Straße 37« ein Teil der Hauswand geputzt und gestrichen werden muß. Im Hinblick auf die 975-Jahrfeier im Ortsteil Uschlag sollte man die Arbeiten bis zum Sommer erledigt haben.

Berichte des Gemeindevorstand und Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Der stv. Gemeindevorstand Heinrich gab in seinem Bericht bekannt, daß

- am 15.1.1994 gemeinsam mit dem Ortsrat eine Ortsbegehung stattgefunden hat. Die Ergebnisse werden - soweit sie den öffentlichen Teil dieser Sitzung betreffen - mit in die Berichte einfließen.
- Der VA am 26.1.1994 einen Beschluß gefaßt hat, daß Bauleitverfahren »Neustadt/Rohrland« auf der Grundlage des Ortsratsbeschlusses weiter zu betreiben.
- der Bauausschuß hatte Bedenken wegen der Altdeponie geltend gemacht, insbesondere wegen einer fehlenden Aussage des Landkreises Göttingen, ob von der Deponie gesundheitliche Beeinflussungen auf die vorhandene und die geplante Bebauung ausgehen können. Dazu kommt noch eine nicht geklärte Kostenregelung. Ein entsprechender Schriftsatz liegt dem Landkreis Göttingen vor. Das Ergebnis einer noch durchzuführenden Gesprächsrunde wird dem Ortsrat mitgeteilt.
- zur Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 in der Niestetalstraße jetzt die verkehrsbehördliche Genehmigung vorliegt. Voraussetzung ist allerdings eine straßenbauliche Veränderung (Schaltung einer Fahrbahnverswenkung unter Inanspruchnahme des bisherigen Parkstreifens). Die Maßnahme sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden. Entsprechende Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.
- der Ortsrat Uschlag sich in seiner Arbeitssitzung am 15.1.1994 für eine generelle Einführung einer Tempo-30-Zone in Uschlag und Dahlheim ausgesprochen hat. Ausgenommen sind die überörtlichen Straßen. Diese Empfehlung wurde dem Ordnungsamt zwischenzeitlich zugeleitet, dies bei der nächsten Verkehrsschau am 29.6.1994 vorzutragen. Im Rahmen dieser Verkehrsschau sollten ferner folgende Maßnahmen für Uschlag behandelt werden:
 - a) Sicherung der Verkehrsregelung in der Rosenstraße; hier: Von der Einmündung der Landesstraße auf der rechten Seite, Einrichtung eines einseitigen Halteverbotes;
 - b) Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung »An der Höhle« von der Landwehrhagener Straße aus;
 - c) Einrichtung von Parkplätzen für Behinderte am Friedhof;
 - d) Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der L 562 in der Ortsdurchfahrt Dahlheim.
 - e) Ferner hat sich der Ortsrat für die Ergänzung von fehlenden Hinweisschildern (u. a. Friedhöfe und DGA) ausgesprochen. Eine entsprechende Aufstellung über alle fehlenden Schilder hat Ortsbürgermeister Bönsch dem Ordnungsamt zugeleitet.

- im Bereich Straßenbeleuchtung noch einige Ergänzungen vorgenommen werden müssen:

- a. Breslauer Straße - 1 Lampe
- b. In der Aue/ Kasseler Straße - Anlieger Rüttgerodt - 2 Lampen
- c. Höckergasse

Die fehlenden Lampen in den Ortsteilen werden mit der Beleuchtung Gewerbegebiet in Kürze ausgeschrieben.

- der Standortwechsel der Glascontainer in Dahlheim sich zu einer unendlichen Geschichte entwickelt. Die für den Landkreis Göttingen tätige Firma hat auf die Aufforderung der Gemeinde, künftig die Glascontainer in der Escheröder Straße bereitzustellen, noch nicht reagiert.
- für die Batterieentsorgung kein Container am Edeka-Markt in Uschlag aufgestellt werden kann. Es werden alte Batterien ausschließlich bei der Abfuhr Sondermüll/Problemmüll durch den Landkreis entsorgt.
- auf dem Friedhof Uschlag mit der Einebnung von Gräbern begonnen werden muß. Die Überprüfung von Ruhefristen konnte wegen Personalengpässen im Ordnungs- und Sozialamt zur Zeit nicht durchgeführt werden. Sobald abschließende Ergebnisse vorliegen, wird der Ortsrat unterrichtet. Erweiterungsmöglichkeiten für den Friedhof sind aber gegeben.
- der Gefahrenpunkt zwischen der Mühlen- und Schulstraße beseitigt wird. Eine Abrißgenehmigung für das Gelände wurde vom Landkreis Göttingen am 31. I. 1994 erteilt. Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen.
- der Auftrag für die Uferbefestigung an der Nieste an den zuständigen Unterhaltungsverband weitergeleitet werde, da es sich bei der Nieste um ein Gewässer II. Ordnung handelt.
- hinsichtlich der Tonnagebeschränkung für die Brücke Schulstr. noch ein Gutachter vom Landkreis Göttingen aussteht.
- die dem Bauverwaltungsamt nach der Neuorganisation des Bauamtes vorliegenden und noch zu erledigenden Arbeiten erfaßt und nach der Arbeitsaufnahme des neuen Bauhofleiters am 5.4.1994 nach und nach abgearbeitet werden.
- die Gestaltung der Dorfplätze in Dahlheim und Uschlag jetzt nach entsprechender Wetterlage in Angriff genommen werden sollen. Zwischen dem Ortsrat, Herrn Kirk von der Bauverwaltung und Herrn Sedler sollten kurzfristig gemeinsame Vorschläge erarbeitet werden.
- im Haushaltsplan 1994 Einnahmen aus dem Verkauf gemeindeeigener Häuser veranschlagt wurden. Es werden für die gemeindlichen Immobilien Verkehrswertgutachten erstellt. Ob und wenn ja, welche Häuser verkauft werden, ist derzeit noch nicht entschieden. Sollte es zu einem Verkauf kommen, wird zunächst der zuständige Ortsrat befragt. Der Gemeinderat entscheidet über die Verkäufe.
- am 22.11.1993 eine Anliegereversammlung Ahornweg stattfand. Die Unterlagen der Versammlung werden Anlage dieses Protokolls sein.

Bauleitplanung der Gemeinde Staufenberg

hier: Ausweisung von Bauland

Ortsbürgermeister Bönsch erläuterte das Ergebnis der Arbeitssitzung vom 23.2.1994 und machte deutlich, daß der Ortsrat in seiner Gesamtheit am Bebauungsplan Neustadt/Rohrland festhält. Darüber hinaus besteht seit 1986 ein rechtskräftiger Bebauungsplan für das Gebiet »Grüner Weg«.

Nach Aussage von Ortsratsmitglied Dr. Krüger gibt es mittlerweile in Uschlag über 20 Bauwillige, so daß man ihrer Meinung nach die Erschließung des Bebauungsplanes »Grüner Weg« vorantreiben muß. Die Verwaltung sollte mit den Eigentümern in Verbindung treten, ob eine Umsetzung möglich ist.

Herr Kirk, Amtsleiter des Bauverwaltungsamtes, gab zu bedenken, daß sicher Gründe vorlagen, warum der nunmehr seit 8 Jahren gültige Bebauungsplan nicht umgesetzt wurde. Er sagte dem Ortsrat eine schnellstmögliche Prüfung zu.

In der weiteren Aussprache spricht sich der Ortsrat dafür aus, alle Möglichkeiten für eine Bebauung planungsrechtlich auszuschöpfen.

Beschluß:

- 1) Der Ortsrat empfiehlt die Aufstellung eines Bebauungsplanes »Hintergasse« entsprechend der Ausweisung im Flächennutzungsplan.
- 2) Der Ortsrat empfiehlt die Änderung des Flächennutzungsplanes für die Ausweisung einer Fläche für die Wohnbebauung Gebiet »Ellerhof«.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, den rechtskräftigen Bebauungsplan »Grüner Weg« umzusetzen, ggf. über ein Umlegungsverfahren und mit den beteiligten Eigentümern hierzu Verbindung aufzunehmen.

Ortsbürgermeister Bönsch weist nochmals ausdrücklich auf das in Gang gebrachte Verfahren für Neustadt/Rohrland hin. Der Ortsrat wird auf alle Fälle an diesem Bebauungsplan festhalten.

Frau Dr. Krüger bittet die Verwaltung, künftig für Arbeitssitzungen entsprechende Pläne zur Verfügung zu stellen.

Verfügungsmittel für Ortsräte

Herr Kördel verwies auf den Antrag der CDU von 1992. Der Grund des Antrages seinerzeit war, die Verwaltung bei bestimmten Arbeiten zu entlasten.

Jeder Ortsrat sollte einen Sockelbetrag zuzüglich einen bestimmten Betrag je Einwohner zur Verfügung haben. Mit diesen vh. Mitteln hätte der Ortsrat die Möglichkeit, kleinere Arbeiten innerhalb des Ortes selbst in Auftrag zu geben.

Nach Aussage von Frau Dr. Krüger käme dieser Antrag dem Ortsrat mit dem Wunsch nach mehr Selbstverwaltung entgegen.

Ortsratsmitglied Lührig gab zu bedenken, daß sich der größte Teil der Ortsbürgermeister während einer Dienstbesprechung gegen einen solchen Antrag ausgesprochen habe. Die Ortsbürgermeister befürchteten zum einen erheblichen Mehraufwand an Arbeit, zum anderen aber auch kassentechnische und Überwachungsprobleme.

Ortsbürgermeister Bönsch erinnerte, daß der neue Bauhofleiter am 1.4.1994 seinen Dienst antritt. Die Ortsräte sollten dem neuen Mann die Möglichkeit geben, eigene Prioritäten zu setzen.

Im Ortsteil Uschlag wurden in der Vergangenheit die Vergaben von kleinen Aufträgen unproblematisch bewältigt.

Nach eingehender Diskussion formulierte die CDU-Fraktion erneut ihren Antrag und bat um Abstimmung:

Die CDU beantragt, dem Ortsrat Verfügungsmittel in der Größenordnung von einem Sockelbetrag zuzüglich 1,- DM je Einwohner ab Haushaltsjahr 1995 bereitzustellen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Sodann sprach sich der Ortsrat mehrheitlich dafür aus, Repräsentationsmittel für die Ortsbürgermeister im Haushaltsplan gesondert auszuweisen.

Unterhaltung der Gemeindestraßen in Uschlag/Dahlheim hier: Reparaturarbeiten

Nach Aussage von stv. Gemeindedirektor Heinrich stehen für allgemeine Straßenerhaltungsmassnahmen keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Von seiten der Verwaltung können nur die notwendigsten Unterhaltungsmaßnahmen aus der Verkehrssicherungspflicht durchgeführt werden. Darüber hinausgehende Arbeiten sind abhängig von der weiteren finanziellen Entwicklung in der Gemeinde Staufenberg.

Herr Lührig verwies auf die Bereiche Hintergasse, Leipziger Straße und Kreuzweg. In den vergangenen Ortsratssitzungen wurde immer wieder auf den schlechten baulichen Zustand dieser Straßen hingewiesen. Die Schäden in den genannten Bereichen sollen unbedingt im Laufe des Jahres abgearbeitet werden.

Herr Klimt sprach den Bereich der Hochstraße in Dahlheim an. Hier sind nach Ende der Frostperiode die Schlaglöcher wieder aufgebrochen.

Herr Herr und Frau Hempel erinnerten an die Verkehrssicherungspflicht der Gemeinde und an bekannte Gerichtsurteile.

Stv. Gemeindedirektor Heinrich gab zu bedenken, daß auch in den anderen Dörfern verschiedene Straßen in sehr schlechtem baulichen Zustand sind.

Die finanziellen Mittel zur Behebung der Schäden stehen aber nur begrenzt zur Verfügung.

Bestellung von Ortskinderpfleger/innen für die einzelnen Gemeindeteile

Bei dieser Drucksachen-Nr. handelt es sich um ein Anliegen der Gemeindegugendpflegerin, für die einzelnen Ortschaften Ortskinderpfleger/innen für die pädagogische Beschäftigung von Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren zu bestellen.

Da Ortsjugendpfleger für ältere Jugendliche zuständig sind und keine weitere Zeit für Kinderangebote haben, wäre ein Bedarf an Ortskinderpfleger/innen vorhanden. Bei der gesuchten Person sollte es sich um eine ehrenamtliche Mitarbeiterin handeln.

Frau Hempel und auch Frau Dr. Krüger signalisierten, den Antrag vor allem aus pädagogischen Gründen zu unterstützen. Allerdings sollte man auch berücksichtigen, daß sehr oft bei Kindern die Zeit gar nicht vorhanden ist, um zusätzliche Angebote wahrzunehmen.

Herr Damm erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die örtlichen Vereine, die seit vielen Jahren eine gute Jugendarbeit leisten.

Herr Herr bat die Verwaltung, mit der Gemeindegugendpflegerin Frau Schmidt nochmals Kontakt aufzunehmen, um Ideen zu entwickeln und weitere Vorschläge aufzunehmen.

Frau Dr. Krüger machte deutlich, wie wichtig gerade für Kinder die sozialen Kontakte im Dorf seien. Aus diesem Grund könne sie einen solchen Antrag nur unterstützen.

Beschluß:

Der Ortsrat empfiehlt, die Angelegenheit an den Jugendausschuß zu verweisen, mit dem Ziel, gemeinsam mit der Gemeindejugendpflegerin Vorschläge und Ideen zu erarbeiten.

Errichtung von Außensportanlagen für jugendpflegerische Maßnahmen

Grund dieses Antrages war die Tatsache, daß in den meisten Ortschaften der Gemeinde Staufenberg nur sehr wenige Sportanlagen frei zugänglich sind. Eine Errichtung von Außensportanlagen, in Form von Basketballkörben, Tischtennisplatten u.a. wäre wünschenswert.

Herr Lührig machte deutlich, daß alle Sportanlagen für jedermann frei sind, auch wenn ein Pachtvertrag mit einem Verein abgeschlossen sein sollte.

Herr Herr weist allerdings darauf hin, daß der Verein feste Trainings- und Spielzeiten hat. Dies müßte beachtet werden.

Beschluß:

Der Ortsrat unterstützt den Antrag der Gemeindejugendpflegerin.

Behandlung von Anfragen

Herr Herr griff nochmals den geplanten Immobilienverkauf auf. Im Haushaltsplan 1994 seien im Vermögenshaushalt 1 Million an Einnahmen veranschlagt. Er bat Herrn Heinrich, Stellung zu nehmen, welche Liegenschaften der Gemeinde veräußert werden sollen.

Stv. Gemeindedirektor Heinrich machte nochmals deutlich, daß von seiten der Verwaltung keine Entscheidung zum Verkauf eines bestimmten Hauses getroffen wurde. Letzten Endes müßte bei einem Verkauf nach Anhörung im Ortsrat der Gemeinderat entscheiden.

Ortsbürgermeister Bönsch forderte die Verwaltung auf, den angeschwemmten Kies unter der Ingelheimbrücke und unter der Brücke am Gemeindebüro entfernen zu lassen. Ein Durchlaß des Wassers muß gewährleistet sein, um Hochwasser zu vermeiden.

Herr Herr bat den stv. Gemeindedirektor Heinrich, bei einer künftigen Sitzung des Ortsrates auch den neuen Gemeindedirektor mit einzuladen.